

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 28 – Sucht- und Drogenpolitik

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 329.03 / 10.12.2003

In der Sucht- und Drogenpolitik müssen neue Wege gegangen werden: Dies gilt auch für die Krankenkassen!

Mehrfachabhängigkeit und die Suchtkrankheit von MigrantInnen sind Themen, denen sich die Beratungsstellen verstärkt annehmen, aber leider nicht die Krankenkassen. Dies ist ebenso unverständlich wie die Weigerung der Kassen, sich finanziell an der psychosozialen Beratung von illegalen Drogenabhängigen in der Substitutionsbehandlung zu beteiligen.

Sich aus der Sucht lösen, heißt auch, typische Geschlechterrollen überwinden. Hierzu sind zwar erste Fortschritte durch die Arbeit der Frauenberatungs- und Interventionseinrichtungen erreicht, Frauen kämpfen aber in vielen Suchthilfeeinrichtungen immer noch mit einem Minderheitenstatus. Für Männer steckt die Geschlechterrollenkritik noch in den Kinderschuhen. Nach wie vor ist es schwierig, stationäre Therapie und Kinderbetreuung zu vereinbaren, hierzu braucht es offensichtlich neue Konzepte.

Schleswig-Holsteins Regierung und auch eine breite Mehrheit im Landtag stehen nach wie vor zum Konzept der Entkriminalisierung illegaler Drogen. Wie wünschen uns mehr Mut der Bundesregierung und anderer Bundesländer, die bisher die Initiativen Schleswig-Holsteins hierzu abgeblockt haben. So bleibt Schleswig-Holstein auch weiterhin nichts anderes übrig, als die Definition der geringfügigen Drogenmengen, deren Besitz keine Strafverfolgung nach sich zieht, entsprechend pragmatisch zu definieren.

Suchtverhalten beginnt heute schon immer früher, schon 11-jährige rauchen und trinken Alkohol, die Anzahl der übergewichtigen Kinder steigt rasant. Richtig ist deshalb die Politik der Landesregierung: Prävention in den Schulen, die an den Stärken der Kinder ansetzt, statt mit Verboten, mit Zielvereinbarungen arbeitet. Um Suchthilfe noch erfolgreicher zu machen, muss sie dringend systematisch mit der Jugendhilfe vernetzt werden. Denn gerade der frühe und vermehrte Einstieg in das legale Suchtverhalten - Essstörungen, Alkohol und Zigaretten – ist zu einer der größten Herausforderungen in der Suchtprävention geworden.
